NORDAMERIKA 02.02.2017 | Karl Kaiser

Abbruchunternehmen Trump

Eine Handlungsanweisung zur Rettung der transatlantischen Beziehungen.

Das haben Amerika und die Welt noch nie erlebt: Eine neu gewählte Regierung, die sich wie ein Abbruchunternehmen mit manischer Energie daran macht, in Tagen zu zerstören, was in Jahrzehnten aufgebaut wurde. Vielleicht wichtigstes, für die Freunde der USA besonders schmerzliches Opfer: das Ansehen Amerikas als moralische Führungsmacht, die für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Offenheit eintritt.

Die Anweisung von Präsident Donald Trump, die Einreise für Flüchtlinge und Personen aus einer Reihe vorwiegend muslimischer Länder zu sperren, entweder für einige Monate oder im Falle Syriens auf Dauer, widerspricht nicht nur der Gründungsidentität der USA als Einwanderungsland, der amerikanischen Verfassung und internationalen Verpflichtungen, sondern verwirklicht faktisch die im Wahlkampf von Trump erhobene Forderung nach einem Einreiseverbot für Muslime. Dass dies jeglicher Langfriststrategie gegen den IS-Terrorismus ihrer Grundlagen beraubt, stört weder Trump noch seine Berater. Diese haben wohl noch nie von Carl Schmitt oder Josef Goebbels gehört, aber sie setzen deren Lehren um, indem sie Politik als Freund-Feind Verhältnis behandeln und chauvinistisch die Mobilisierung von Ressentiments gegen Gruppen – Juden damals, Muslime und Ausländer heute – ihrer Politik zugrunde legen.

Der Rückzug von einer auf Werten begründeten weltpolitischen Ordnungsfunktion der USA ist die gravierende Folge des Machtantritts Donald Trumps, aber ihre Kehrseite ist gleichermaßen wichtig. Denn dieser Präsident ist, wie der Kolumnist der New York Times, David Brooks, ihn charakterisiert „Captain Chaos“, der mit einer Mischung von Ignoranz, Inkompetenz und Absicht die bestehende Ordnung zerstört.

Für das transatlantische Verhältnis gilt es nunmehr, erstens Bewährtes zu erhalten, denn die Institutionen und Regeln des Westens, die Europa Wohlstand und Freiheit brachten, werden nicht dadurch entwertet, dass Trump sie ablehnt oder angreift. Zweitens wird es nötig, durch kluge

Politik zu verhindern, dass die von Trump absichtlich oder unabsichtlich ausgelösten Krisen eskalieren oder europäischen Interessen schaden. Im transatlantischen Verhältnis gilt dies vor allem für die Wirtschaftsbeziehungen, die gesamteuropäische Ordnung, die NATO und die Europäische Union.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen stellt Trump das gewachsene Interdependenz-System von Handel und Investitionen in Frage, das beiden Seiten den Wohlstand der Nachkriegszeit bescherte. Das von ihm propagierte Credo, Protektionismus schaffe Prosperität und Stärke, ist blühender Unsinn und durch die Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrhunderts widerlegt. Wie viele Amerikaner hat Trump nicht verstanden, dass Verluste an Arbeitsplätzen vor allem eine Folge der Modernisierung und nicht der Globalisierung sind. Mit großem Drama kündigte er bestehende Handelsverträge. Aber wird er auch die angekündigten protektionistischen Maßnahmen ergreifen, wenn sie unvermeidlich der amerikanischen Wirtschaft schaden und den Widerstand der heimischen Wirtschaft und ihrer Republikanischen Verbündeten im Kongress auslösen? Innenpolitische Konflikte zu diesem Problem sind zu erwarten. In der Zwischenzeit sind die Europäer gut beraten, eisern am Prinzip der Freiheit des Handels und der Investitionen festzuhalten, die Abkommen mit Kanada und Südkorea umzusetzen, die Möglichkeit eines Beitritts zu der von Trump aufgekündigten Trans-Pacific Partnership (TPP) zu prüfen und der neuen Regierung in aller Ruhe Verhandlungen über eine neue Fassung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) anzubieten.

Das von ihm propagierte Credo, Protektionismus schaffe Prosperität und Stärke, ist blühender Unsinn und durch die Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrhunderts widerlegt.

Hinsichtlich der gesamteuropäischen Ordnung kann auch im Zeitalter der „post-truth politics“ die Tatsache nicht verneint werden, dass es Russland war, das die von ihm mitformulierten Prinzipien und Regelungen für die europäische Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges mit der Annektierung der Krim und der Intervention in der Ost-Ukraine verletzte. Trotz aller gegenteiligen Äußerungen von Trump darf es deshalb keine Anerkennung der Gebietsannektierung durch den Westen geben, selbst wenn sich vorerst keine Lösung finden lassen wird. Ähnliches gilt für die Fortführung der Sanktionen gegenüber Russland, die Trump wiederholt in Frage gestellt hat. Es liegt in Europas ureigenem Interesse, dass der Abbau oder die Aufhebung der Sanktionen an die

> Umsetzung des Minsker Abkommens und die Einstellung der militärischen Intervention Russlands in der Ost-Ukraine gebunden bleibt. Europäische und deutsche Festigkeit gegenüber Moskau und der Trump-Regierung wird auch im amerikanischen Kongress Unterstützung finden, vor allem, wenn sie gleichzeitig mit einer substanziellen Unterstützung der Ukraine verbunden ist.

Zur NATO, die der wichtigste Garant des europäischen Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg geworden ist, hat Trump politisch besonders gravierende Befürchtungen ausgelöst. Sicherlich hatte sein Hinweis auf den ungenügenden Verteidigungsbeitrag von Verbündeten einen richtigen Kern, wenngleich er das Missverhältnis zwischen dem amerikanischen und europäischen Beitrag übertrieb. Aber seine Infragestellung der Beistandsverpflichtung unter Artikel 5 des Vertrags und seine Hinweise, dass die NATO „überholt“ sei, rührten an den Kern einer von Amerika geschaffenen Ordnung, die von der überwältigenden Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung als Grundlage ihrer Freiheit, der Unabhängigkeit ihrer Länder und des Friedens in Europa angesehen wird. Dies gilt vor allem für die NATO-Mitglieder an der Ostgrenze, die sich angesichts der russischen Expansionstendenzen als besonders bedroht betrachten und von der Politik Trumps eine Schwächung der Abschreckung befürchten.

Jedoch ist die endgültige Orientierung der amerikanischen NATO-Politik keineswegs klar. Einmal hat der Präsident – nicht untypisch für ihn – das Gegenteil seiner früheren Position bezogen, und zwar in seinen ersten Amtstagen beim Besuch der britischen Premierministerin, als er seine „hundertprozentige Unterstützung“ der NATO zugesagte. Zum anderen haben sich die beiden für die Außen- und Sicherheitspolitik entscheidenden Kabinettsmitglieder, Rex Tillerson und James Mattis, in den Anhörungen oder schon im Amt so eindeutig für eine Fortsetzung der klassischen Allianzpolitik, insbesondere im Hinblick auf russische Expansionspolitik, ausgesprochen, dass eine grundlegende Neuorientierung der amerikanischen NATO-Politik unwahrscheinlich erscheint. Dies gilt umso mehr, als diese Politik nachhaltige Unterstützung durch Republikaner und Demokraten genießt und der für die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft maßgebliche militärische Sektor sowohl hinsichtlich der Sozialisation des Offizierskorps als auch der Ausrichtung der Rüstungswirtschaft auf das überkommene Allianzsystem Amerikas orientiert ist.

Dennoch ist die Wahl Donald Trumps eine Herausforderung an die

europäischen NATO-Mitglieder, die hieraus ihre Konsequenzen ziehen müssen. Europäer sollten sich darüber klar sein, dass sie mehr als in der Vergangenheit auf sich selbst gestellt sein werden. Sicherlich sollte im Vordergrund das Bemühen stehen, die USA im bestehenden NATO-Konsens zu halten: durch selbstbewusste und besonnene Politik gegenüber der Regierung sowie durch Kooperation mit allianzfreundlichen Kräften in den USA. Wichtiger jedoch ist die Vergrößerung des europäischen Beitrags zur Verteidigungs- und Abschreckungspolitik, sowohl im konventionellen Bereich als auch auf den Gebieten der Cyber-Sicherheit und des Terrorismus. Dies erfordert eine Erhöhung des Verteidigungsetats, eine energische Anstrengung auf europäischer Ebene, endlich die absurde Verschwendung von Mitteln durch ein Pooling von Rüstung und Streitkräften zu beenden und einen neuen Anlauf zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit innerhalb der NATO zu machen.

Die Folgen der Wahl Donald Trumps für die Zukunft der Europäischen Union sind besonders ernst zu nehmen. Dass ihm die historische Bedeutung der europäischen Einigung für den Frieden in Europa unbekannt ist, weiß man mittlerweile. Seine Vertrautheit mit der EU beschränkt sich auf deren von ihm wenig geschätzte Bestimmungen beim Bau seines Golfplatzes in Schottland. Er erklärte, dass er wenig von der EU halte, dass der Brexit großartig sei, weitere Mitglieder austreten würden und das Ganze ohnehin ein Vehikel deutscher Dominanz sei.

Das von Trump verkündete Rezept eines neuen Nationalismus steht in fundamentalem Gegensatz zur Grundphilosophie der Europäischen Union und ist ein Rezept für universelles Chaos.

Trumps Politik folgt der Linie seines ideologischen Chefberaters Stephen Bannon, der in der Rückkehr zu einem nationalistischen „America First“ nicht nur das entscheidende Motto für die amerikanische Politik sieht, sondern dies auch als Rezept für den Rest der Welt versteht und deshalb bewusst die populistischen Euroskeptiker in Europa ermuntert, die dies gern für ihre Attacke auf die europäische Integration aufgreifen. Das von Trump verkündete, für alle Staaten gültige Rezept eines neuen Nationalismus steht in fundamentalem Gegensatz zur Grundphilosophie der Europäischen Union und ist ein Rezept für universelles Chaos. Zugleich gibt Trump damit ein halbes Jahrhundert amerikanischer Unterstützung der Einigung Europas auf, die als Bestandteil einer stabilen Neuordnung konzipiert war, die Europa Frieden und Westeuropa Wohlstand

brachte.

Angesichts dieser Herausforderung hat Europa keine andere Wahl, als mit Festigkeit den Kurs der Einigung weiterzuverfolgen und womöglich zu vertiefen, auch wenn der von Trump gelobte Austritt Großbritanniens erhebliche Energien der politischen Klasse der EU absorbieren wird. Wenn es je eine „Stunde Europas“ gab, dann jetzt. Es geht um eine Neuordnung Europas, bei der die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch Russland, Cyber-Bedrohung und Terrorismus bewältigt werden müssen. Dazu wird es nötig, eine selbstständig handlungsfähige europäische Verteidigungsstruktur in Kooperation mit der NATO aufzubauen. Die französische Atomstreitmacht, die von Deutschland und anderen EU-Mitgliedern finanziell mitgetragen würde, könnte ihr zugeordnet werden. Auch ist eine neue Struktur der EU zu finden, die die innere Vielfalt auffängt und einen Platz für Kooperation mit Großbritannien schafft sowie die Zusammenarbeit mit den USA ermöglicht, die dank amerikanischer wie europäischer Interessen weiterhin und für beide Seiten geboten ist.

Die Trump-Ära wird irgendwann ihr Ende nehmen. Für Europa gilt es, in der Zwischenzeit mit allen Kräften ein geeintes Europa und die transatlantischen Beziehungen zu erhalten, die nach wie vor den Kern der westlichen liberalen und demokratischen Welt bilden.



Karl Kaiser
Cambridge, MA

Karl Kaiser lehrt an der Kennedy School of Government der Harvard University und hat am Weatherhead Center for International Affairs ein Programm zu transatlantischen Beziehungen aufgebaut. Er war früher Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) in Berlin und Professor an der Universität Bonn.

12 LESERBRIEFE

Erik schrieb am 03.02.2017

...so, die neue Regierung zerstört "das Ansehen Amerikas (gemeint ist wahrscheinl. USA) als moralische Führungsmacht, die für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Offenheit eintritt."
Dieser Einsatz wird wohl überall auf der Welt geschätzt, in Lateinamerika, Südamerika, im Nahen Osten, in Asien usw.
"Zur NATO, die der wichtigste Garant des europäischen Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg..."
Da fällt einem wirklich nicht mehr viel ein, außer dass diverse Pläne für einen Atomkrieg gegen die UdSSR mit Zentraleuropa als planerischem Schlachtfeld existierten, und die NATO heute direkt an der russ. Grenze manövriert mit fleißiger Unterstützung aus DEU.
Herzlichen Glückwunsch zu der gelungenen Satire.

Andreas schrieb am 07.02.2017

Ich weiß nicht, von welchen Werten der Professor redet. Da ist doch hauptsächlich der Wert der Lüge, der sich

durch die Außenpolitik der Jahre seit 2001 zieht und die Phase der Interventionen zum Zweck der Demokratisierung nach sich zog.
Die ständige Phrase von Präsident dubbelju über die WMD`s(weapons of mass destruction), fleißig nachgebet von Professoren und westlichen Medien und zuletzt wieder gegen den Iran hervorgezaubert- trotz gegenteiliger reports der CIA-hätte im schlimmsten Fall einer Präsidentscjhaft von Clinton zum großen Nahostkrieg mit Nuklearwaffen geführt.
Seit 3 Monaten hyperventilieren Professoren und Medien gegen eine demokratische Entscheidung. Mit Hilfe des Spekulanten Soros werden hysterische Massendemonstartionen organisiert als Vorstufe zum Bürgerkrieg. Stop it.

Joeha schrieb am 07.02.2017

Ein blitzgescheiter Artikel.
Es geht um nichts weniger als das westliche Wertefundament. Dieses zu zerstören hat sich bereits Herr Putin zum Ziel gesetzt. Er hat die furchtbare Propaganda mit Lügen, Halbwahrheiten und alternativen Fakten aus der Mottenkiste der

untergegangenen Sowjetunion gezerrt.
Jetzt geht es auch im Kernland der westlichen Demokratie los. Herr Trump geht ähnlich vor. Dazu kommt ein Herr Bannon, der sich selber als Leninisten bezeichnet, mit der Absicht, den Staat und seine Werte zu zerstören.
Nein Erik, leider handelt es sich nicht um Satire, es ist ernst. Der Geist der Herren Putin und Trump sind längst auch in Europa angekommen. Wir wollen nicht vergleichen, aber schon einmal waren viele westliche Demokratien zu schwach. Geschichte ist zum Lernen da.

Joeha schrieb am 07.02.2017

---

http://www.berliner-zeitung.de/politik/-amerikas-geist-wird-trump-besiegen--interview-mit-historiker-heinrich-august-winkler-25633494

Der Autor steht nicht alleine. Diese beiden Professoren hyperventilieren jedenfalls nicht. Sie sorgen sich um Menschenrechte und demokratische Werte und um Fakten in einer postfaktischen und alternativfaktischen Twitter und Trollwelt Ich teile ihre Befürchtungen..

JochenL schrieb am 07.02.2017

Lieber Herr Kaiser,

vieles kann man abwarten und zu retten versuchen, weil der jetzige US-Präsident nicht alleine schalten und walten kann. Aber müssen wir nicht eines als Fakt akzeptieren: Die Beistandsgarantie nach Art. 5 NATO-Vertrag besteht gegenwärtig nicht – nicht mit diesem Oberbefehlshaber? Der gegenwärtige Verteidigungsminister der USA hat sich, damit konsistent, zur NATO auch nur als nehmende Nation, mit keinem Wort als im Bündnisfall gebende Vertragspartei geäußert.

Heinrich Triebstein schrieb am 07.02.2017

Sie sagen "westliche Werte" und meinen "Öl". Ein Verdienst hat sich Mr. Trump schon erworben: Er hat das US-amerikanische System ehrlich gemacht. Die Gründungsväter standen 1776 vor der Frage: Republik oder Demokratie? Sie haben sich für die Republik entschieden, damit die Besitzenden die Kontrolle behielten. Die Präsidenten vor Mr. Trump agierten an

den Fäden des Kapitals. Nun hat ein Kapitalist selbst übernommen. Und die Demokratische Partei will immer noch nicht wahrhaben, dass Mr. Trump auf dem Mist wächst, den sie gemacht hat. Sie hat aber auch - wie der Wahlkampf gezeigt hat - durch Mr. Sanders Millionen junger Leute mobilisiert, die 2011 schon durch Occupy auf das Wirken des Einen Prozents aufmerksam gemacht wurden. Was sagt Mr. Sanders zu den Themen "Arbeit", "Banken", "Krieg"?

---

mjh schrieb am 07.02.2017

WOW! "das Ansehen Amerikas als moralische Führungsmacht, die für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Offenheit eintritt." Da sag ich nur : CIA, NSA und die anderen 15 Nachrichtendienste, Korea, Libanon, Kuba, Laos, Vietnam, Bolivien, Dom.Republik, Kambodscha, Angola, Nicaragua, Libyen, Iran, Irak, Afghanistan.... Was für ein verzerrtes Selbstbildnis... Offensichtlich hätte Herr Kaiser gerne noch eine Runde Bush, Clinton oder ähnliches gehabt. Herr Trump ist eine Folge dieser Präsidenten. Die Menschen wollen einen Wechsel. Den "Kern der westlichen liberalen und demokratischen Welt bilden."

WAS IST DAS? Ist liberal, den afrikanischen Kontinent und arme Teile Asiens auf unsere Kosten ausbluten zu lassen? Sichauch auf die eigenen Bürger zu besinnen halte, ich nicht für schlecht

---

Erik schrieb am 07.02.2017

Stimmt, an einem Punkt ist der Text sehr ernsthaft. Dass eine Abkehr der neuen Regierung von der NATO unwahrscheinlich ist aufgrund "...der für die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft maßgebliche militärische Sektor sowohl hinsichtlich der Sozialisation des Offizierskorps als auch der Ausrichtung der Rüstungswirtschaft..."
Dies sagt deutlich, warum von den USA unter den gegebenen Umständen niemals Initiativen für Frieden und Abrüstung ausgehen können. Deutschland ist auf dem besten Weg in gleiche Verhältnisse. Dafür braucht es halt auch eine ordentliche Feindbildpflege.

Gerd Weghorn schrieb am 08.02.2017

Herr Kaiser ist Transatlantiker: er setzt auf das Freund-Feind-Projektionsmodell, um die Militarisierung der

Innen- und Außenpolitik der Nato-Staaten voranzutreiben: Feindschaft zu Russland wg. einer russischen Politik der Landnahme, die für Israel "normal" ist (annektiert sind Ost-Jerusalem, Golanhöhen, Westbank).

Der Beitritt der Krim per Plebiszit zur russ. Föderation sowie die Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine haben einen ausschließlich defensiven Charakter. Wer George Friedman von STRATFOR oder Brzezinski verstanden hat, der weiß dies als strategische Not-Wendigkeit zu würdigen.

Statt also der Militarisierung von Politik das Wort zu reden sollten wir nur die Parteien in den Bundestag wählen, die "am Haus Europa" (Putin) zwecks friedlicher Koexistenz mitbauen wollen.

Joeha schrieb am 09.02.2017

Ich bleibe dabei, der Artikel ist blitzgescheit!
Mit den westlichen Werten ist es ähnlich wie mit den allgemeinen Menschenrechten, sie sind da und bleiben da und es lohnt sich dafür zu kämpfen.

Wer allerdings wie meine werten Mitdiskutanten die Meinung vertreten es war schon immer so und wird immer so bleiben und der Ausrutscher Trump ist nur einer unter vielen, hat sich mit diesen Werten nicht auseinandergesetzt, bzw. scheint sich damit abgefunden zu haben, dass Menschen wie Putin und Trump und andere, auch hier bei uns in Europa, die "Systemfrage" stellen. Die stellen nicht nur diese Frage. Sie wollen auch eine Antwort. Sie wenden sich immer dreister gegen die grundsätzlichen Errungenschaften der westlichen Demokratien. Dem gilt es sich zu widersetzen.
Also, Demokraten, auf gehts.

Erik schrieb am 09.02.2017

Der Kampf für Werte, Menschenrechte, Demokratie, etc. war und ist ein variabel einsetzbarer Vorwand potenter, vor allem westlich kapitalistischer Staaten, ihre Interessen gegenüber anderen Staaten durchzusetzen. Tut mir leid, werte/r Joeha, es mag desillusionierend klingen, aber es lässt sich nicht leugnen.
Wäre es anders, gäbe es eine Reihe von Staaten, welche DEU unter keinen Umständen "Partner" nennen dürfte. Erst wenn man zugibt, dass verschiedene Staaten

unterschiedliche Interessen haben, welche in gegenseitigem Respekt zu verhandeln sind, gibt es Hoffnung auf eine Rückkehr der Vernunft in die Politik.

Joeha schrieb am 10.02.2017

Erik, es hat sich gelohnt. Immerhin gibt es offenbar keinen Widerspruch zu den Allgemeinen Menschenrechten. Aus denen lassen sich unschwer politische Werte ableiten. Da gibt es eine Auslegungsregel :" Artikel 30,
Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelgt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat." Da haben wir den Respekt. Unterschiedlichen staatlichen Interessen sind mit der Verkündung am 10.12.1948 eindeutig Grenzen gesetzt. Das gibt in der Tat Hoffnung. Die übrigen 29 Artikel zu lesen ist eine spannende Beschäftigung.
